

## Was kommt im Herbst?

Corona: „Vorbeugen für die Freiheit“, FR-Meinung vom 22. Juni

Die Philosophie von Felix Huesmann greift zu kurz. Zum einen zählt trotz aller berechtigten Vor-sicht zu einem vollständigen Bild, dass die Diskussion über einen möglicherweise anstehenden heißen Corona-Herbst derzeit in Europa so eigentlich nur in Deutschland stattfindet, während viele andere Länder wie etwa Dänemark, wo man schon seit Monaten nicht einmal mehr im öffentlichen Nahverkehr eine Maske tragen muss, die Pandemie längst als größere gesellschaftliche Gefahr abgehakt haben.

Zum anderen fehlt in der Analyse auch, dass gerade die süd-deutschen Bundesländer, die die Ampel-Koalition jetzt zu einem möglichst schnellen und strengen Infektionsschutzgesetz auffordern, sich in wesentlichen Punkten weiterhin vor ihren eigenen Aufgaben drücken, wie zum Beispiel dass endlich die Gesundheitsämter mit einer einheitlichen Software zusammenarbeiten oder dass es ein bundesweites Monitoring von Abwasserproben gibt, die auf einer Meta-Ebene einen sehr guten Überblick über die wahre Verbreitung des Corona-Virus einschließlich der Existenz von neuen Varianten geben können.

Deshalb mangelt es hierzulande weiterhin leider in entscheidenden Bereichen an einem professionellen Krisenmanagement, wobei es aber viel zu einfach erscheint, nur der FDP den schwarzen Peter zuzuschreiben!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

## Subventionen fürs Privileg

Zu: „Kaufprämie für E-Autos auf der Kippe“, FR-Wirtschaft vom 20. Juni

Kürzungen von Subventionen sind durchaus sinnvoll. Angefangen werden sollte bei dem nicht mehr zeitgemäßen Dienstwagenprivileg. Die etwa vier Millionen Nutzer zahlen für ihr Privileg pauschal (Ein-Prozent-Regelung). Dann spielt es keine Rolle mehr, wie viel und wie verbrauchsintensiv gefahren wird.

Für die Zeche kommen zum erheblichen Teil die Steuerzahler auf. Also, Herr Lindner: Dienstwagenprivileg kippen!

Ralf Krug, Pohlheim

## Nur ein Spruch

Zu: „Assange kann ausgeliefert werden“, FR-Politik vom 18. Juni

Die einen werden nach Ruanda abgeschoben, Assange in die USA ausgeliefert, als ob drohende 175 Jahre Haft keine Hinderungsgründe wären. Fairplay doch nur ein Marketingspruch?

Fritz Brehm, Frankfurt

## Durchwachsene Erfahrungen beim Umsteigen auf die Bahn

Neun-Euro-Ticket: „Schon 16 Millionen verkauft“, FR-Wirtschaft vom 15. Juni, und „Reisen auf Tuchfühlung“, FR-Region vom 18. Juni

### Was soll die Aktion unter diesen Umständen bringen?

Dieses Ticket wird wohl kaum neue Kunden für die Bahn bringen. Die Umstände im Betrieb der Bahn sind verheerend. Ich wollte am 9.6. mit dem Regio RB 49 um 5.35 Uhr ab Bahnhof Nidderau-Ostheim nach Wiesbaden starten. Der Regio fiel aus, genauso der Gegenzug nach Friedberg. Fadenscheinige Argumentation der Bahn: wegen Reparatur an einem Wagen. Der darauf folgende Regio RB 49 um 6.06 Uhr kam pünktlich und stand dann an der Station Hanau Nord wegen eines vorausfahrenden Güterzuges. Nach einigen Minuten ging es weiter, für mich leider zu spät, die S9 war gerade abgefahren. Die nächste S-Bahn hatte auch wieder einige Minuten Verspätung und fuhr dann um kurz vor 7 Uhr los, wäre 8.15 Uhr in Wiesbaden Hbf. eingetroffen. Ich hatte einen Termin um 8 Uhr und hätte noch vier Stationen mit dem Bus fahren müssen, ein sinnloses Unternehmen. Ich bin dann in Frankfurt Hbf ausgestiegen und zurückgefahren. Mein Termin war geplatzt. Und dafür war ich um 4.30 Uhr aus den Federn gekrochen. Eigentlich wollte ich das Auto zu Hause lassen, da ich nicht gerne im Berufsverkehr nach Wiesbaden fahre.

Ähnliche Erfahrungen haben wir am 7. Juni gemacht, mit regulärem Ticket: Der ICE nach Berlin Ost hatte in Hanau eine halbe Stunde Verspätung. Meine Enkelin kam mit fast einstündiger Verspätung in Braunschweig an.

Die Deutsche Bahn ist ein totaler Sanierungsfall, sie scheint lediglich ihre Aktionäre zu befriedigen, die Fahrgäste sind nur Mittel zum Zweck. Es ist egal, ob für neun oder 90 Euro, es scheint Glückssache zu sein, ob man pünktlich am Ziel ankommt. Außerdem sind die Bahnhöfe verdrückt, die Treppe in Nidderau-Ostheim ein unüberwindbares Hindernis für Fahrgäste mit Einschränkungen oder Müttern mit



Mit dem Neun-Euro-Ticket am Frankfurter Hauptbahnhof.

DPA

Kinderwagen. Unter diesen Umständen werden alle, die können, doch lieber mit dem Auto fahren. Was also soll diese Aktion bringen? Irmtraud Gemmer, Nidderau

### Meine Erfahrung war äußerst positiv

Die Einladung meiner Familie zu einem Besuch nach Speyer war eine willkommene Gelegenheit, die Bahn und ihren aktuellen Service zu Zeiten des Neun-Euro-Tickets zu testen. Um es vorwegzunehmen: Meine Erfahrung war äußerst positiv! Als ich fast 20 Minuten vor der geplanten Abfahrt am Frankfurter Hbf ankam, stand mein Zug schon bereit. Ich hatte also Gelegenheit, einen passenden Sitzplatz zu finden. Da machte es beinahe nichts, dass zahlreiche Reisende – mit

und ohne Koffer, Kinderwagen, Fahrrad oder Rollator – in den Zug strömten. Alle Sitzplätze waren dann auch besetzt. Trotzdem herrschte gute Stimmung. Der Zug erreichte Mannheim pünktlich, früh genug zum Umsteigen. Ähnlich positiv war die abendliche Rückfahrt. Die Direktverbindung Speyer-Frankfurt Hbf sorgte für einen entspannten Abschluss eines sehr schönen Tages. Ich würde mir auch in Zukunft ein ähnlich günstiges Angebot der Bahn wünschen.

Irmgard Kiessler, Frankfurt

### Ein Signal für den Klimaschutz

Im Vorfeld der Beratungen des Bundesrats über das Neun-Euro-Ticket wurde der Bundesautominister mit folgenden

Worten zitiert: „Natürlich sind die Länder frei in ihrem Votum. Jeder muss aber auch wissen, wenn er dieses Angebot des Bundes ablehnt, dann ist das ein Signal gegen den Klimaschutz“. Es sei die Frage erlaubt, wie es der Herr Minister und seine Partei, die FDP, mit den Signalen gegen den Klimaschutz hält. Stichwort: Einführung Tempolimit. Seit Monaten bekommen wir zu hören, dass diese Debatte beendet sein sollte, die Diskussionen darüber abgeschlossen. Verständlich aus Sicht der FDP.

Nachdem das Argument eines absurden Freiheitsbegriffs nicht mehr so wirklich verhängt, werden die Argumente immer abstruser! Das reicht so weit, dass das Fehlen von Schildern als Grund gegen die Einführung angeführt wird: „Ich halte nichts davon, es vorübergehend einzuführen. Das ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Man müsste entsprechende Schilder aufstellen, wenn man das für drei Monate macht und dann wieder abbauen. So viele Schilder haben wir gar nicht auf Lager“ (Hamburger Morgenpost v. 5.4.). Es geht nicht um eine vorübergehende, sondern um eine dauerhafte Einführung! Und: Es werden keine Schilder benötigt! Laut Verkehrsrechtsexperten müsse lediglich eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Am einfachsten wäre es, die Straßenverkehrsordnung zu ändern. Wenn sich die Ampelkoalition einig wäre, könnte der Gesetzgebungsprozess inklusive Zustimmung durch den Bundesrat innerhalb von zwei Wochen abgeschlossen sein.

Kurzum: Ist die Weigerung des Ministers und die der FDP, ein Tempolimit einzuführen, nun ein Signal gegen oder für den Klimaschutz? Schließlich hilft es Sprit zu sparen und somit auch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Die Bundesländer jedenfalls haben ein Signal für den Klimaschutz gesendet!

Otto Gebhardt, Frankfurt

## Solche Rechenkunststücke ändern nichts am Ergebnis

Klima: „Der Overshoot ist bereits in Sicht“, FR-Wissen vom 18. Juni

### Es darf kein weiteres CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre

Der Artikel zeigt, mit welchen Taschenspielertricks die Menschheit versucht, das Klimaproblem in den Griff zu bekommen. Wer soll darauf hereinfallen? Es gibt nur eine Schlüsselzahl in diesem Zusammenhang: 423 ppm CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, nach neuesten Messungen, mehr als je zuvor seit Millionen von Jahren.

Wir haben zur Zeit die absurde Situation, dass unser Wirtschaftsminister wegen Verknappung von fossilen Energien in der Gegend herumfährt, um nur ja genügend Öl und Gas einzukaufen. Gleichzeitig wird diese Energie immer teurer. Das wiederum sollte dazu führen, dass weniger verbraucht wird. Damit das nicht passiert, versucht der Staat durch fragwürdige Methoden, diese Kosten zu mindern.

Die Einsicht, dass das Verbrennen von fossiler Energie direkt in die Klimakatastrophe führt, ist nicht zu erkennen. Der vor kurzem gemessene Wert von 423 ppm reicht möglicherweise schon aus, um die Welt dermaßen zu überhitzen, dass menschliches Leben in der derzeitigen Form nicht mehr möglich sein wird. Nahrungsproduktion so wieso nicht, mit allen Folgen. Der Hunger in der Welt nimmt entsprechend zu.

Es kommt darauf an, kein weiteres CO<sub>2</sub> in die Luft zu emittieren. Rechenkunststücke führen dazu, dass der Bürger glaubt, es könne alles noch eine Weile weitergehen. Niemand hat anscheinend den Mut zu sagen, dass uns außer Schadensbegrenzung und Verzicht nichts übrig bleibt. Der Fetisch Wachstum unter Führung des Kapitalismus treibt diesen Prozess unaufhörlich an.

Die genannten Ziele von 1,5 oder zwei Grad sind ein Wunschtraum, den wir schon lange hinter uns haben. In der Arktis 1830 war es zehn Grad kälter als jetzt, die Leute auf der „Polarstern“ haben es gemessen und mit Nansens Zahlen verglichen. Zehn Grad! Heute heißt es, es sei in der Arktis drei Grad wärmer geworden, Rechenkunststücke werden am Endergebnis der gnadenlosen Erwärmung nichts ändern.

Jürgen H. Winter, Schöneck

### Ein unendliches, sinnloses Scheingefecht

Immer wieder wird ein deutsches Klima und Maßhalten eingefordert mit Zahlen, die irgendwann einmal festgelegt wurden. Man tut so, als sei Deutschland in der Lage, die Welt zu retten. Dabei ist global gesehen das stecknagelgroße Deutschland mit ei-

nem Prozent Anteil an der Weltbevölkerung niemals in der Lage, das weltweite Klima auf den erwünschten Stand zu bringen.

Da wird geschrieben und gerechnet, da werden CO<sub>2</sub>-Zahlenbündel versucht einzuhalten. Das alles ist unter Betrachtung der weltweiten Klimamissachtung ein Scheingefecht, ein sinnloses unendliches Zahlenspiel.

Die von Jörg Staude sorgfältig recherchierten Klimazahlen und Joachim Willes Appell – „auch wir in Deutschland müssen da mehr tun vor dem Hintergrund geringer Niederschläge“ – sind gut gemeint, doch in globaler Betrachtung sinnlose Nullnummern. Das Kriegsgeschehen in der Ukraine und die damit neuen Klimavoraussetzungen zeigt plakativ unsere Ohnmacht, kurzfristig am Status quo etwas ändern zu können.

Wulf Schmiedeknecht, Bochum